Die Linke Berlin
10. Landesparteitag, 2. außerordentliche Tagung
31. Oktober 2026

Antrag A2
Antragsteller*innen: LAG Gesundheit und Pflege

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gesundheit für Berlin

Der Parteitag beschließt, der Gesundheits- und Pflegeversorgung der Berliner:innen eine angemessene Bedeutung in den Koalitionsverhandlungen einzuräumen. Die Tarifverträge Entlastung von Charité und Vivantes müssen erhalten werden. Die Rückführung der Tochterunternehmen muss vollzogen werden. Die ambulante Versorgung muss auch durch interprofessionelle Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft gestützt werden. Die Voraussetzungen für eine niederschwellige hausärztliche und pflegerische Primärversorgung werden verbessert. Grundlagen einer bedarfsorientierten Gesundheits- und Pflegeplanung mit einem sektorenübergreifenden Ansatz werden geschaffen. Gesundheits- und Pflegeaspekte werden in allen Politikfeldern berücksichtigt.

Begründung: Das Berliner Gesundheitssystem ist teuer und ineffizient. Die ambulante Versorgung ist lückenhaft, vulnerable Gruppen sind besonders schlecht betreut. Psychiatrische und psychologische Angebote sind unzureichend. Die Kosten des hochdefizitären öffentlichen Krankenhausbereiches (der auch die Defizite in anderen Bereichen auffangen muss) sind für die Allgemeinheit dramatisch. Eine Selbstheilung ist nicht zu erwarten. Sanierungsvorstellungen erschöpfen sich derzeit in kaufmännischen Sparprogrammen zu Lasten von Mitarbeitenden und Patient:innen.

Gesundheitspolitik besteht nicht nur im Verteilen von Geld an ein ineffizientes System, sondern in einem gemeinwohlorientierten Umbau. Gerade im Krankenhausbereich lassen sich strukturelle Defizite durch landespolitisches Handeln vermindern. Auch im öffentlichen Gesundheitsdienst und sogar im niedergelassenen Bereich lassen sich Steuerungsmittel hin zu einer patient:innenorientierten Gesundheitsfürsorge entwickeln. Konzepte liegen vor.

Mit einer Viertelmillion Beschäftigten ist der Gesundheitssektor einer der größten Arbeitgeber in Berlin. Gesundheitsarbeiter:innen sind der wesentliche Teil der Arbeiter:innenschaft, der sich uns verpflichtet fühlt. In den vergangenen Wahlkämpfen, im Wahlprogramm, auf Podien und bei zahlreichen Treffen haben Vertreter:innen der Partei immer wieder ihre Unterstützung in den Arbeitskämpfen beteuert. Wir sind die Partei der Gesundheitsarbeitenden. Jetzt ist es an der Zeit, auch so zu handeln.